

Bauwirtschaft: Kräftiger Produktionszuwachs und Beschleunigung des Preisauftriebs	481
Langzeitarbeitslose in Berlin	487

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 40/89

Berlin

5. Oktober 1989

56. Jahrgang

Bauwirtschaft: Kräftiger Produktionszuwachs und Beschleunigung des Preisauftriebs

Die Bautätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland hat sich 1989 weiter verstärkt. Alle verfügbaren Vorlaufindikatoren lassen kräftige Zuwächse im Bereich des Wirtschaftsbaus und des Wohnungsbaus auch über die Jahresgrenze 1990/91 hinaus erwarten, während der öffentliche Bau eher schwach zunehmen wird. Angesichts dieser Entwicklung ist mit verstärkten Preissteigerungen zu rechnen. Die Zahl der Beschäftigten wird sich wieder erhöhen.

Aktuelle Entwicklung

Die Zunahme der Bautätigkeit hat sich in diesem Jahr fortgesetzt. Anfang des Jahres wurde die konjunkturelle Grundtendenz durch die verstärkte Produktion im Zusammenhang mit dem erneut außergewöhnlich milden Winterwetter allerdings deutlich überzeichnet. Das reale Bauvolumen lag im ersten Quartal um etwa 11,5 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Im zweiten Quartal betrug der Zuwachs immerhin noch 5 vH.

Zu dieser positiven Entwicklung trug — nachfragebedingt — vor allem der Wirtschaftsbau bei, der von den günstigen Investitionsbedingungen profitierte; er wuchs im Durchschnitt des ersten Halbjahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um etwa 9,5 vH. An zweiter Stelle lag der Wohnungsbau (8 vH), für den sich die Rahmenbedingungen zusehends verbesserten. Der reale Zuwachs im öffentlichen Bau (6,5 vH) fiel trotz des milden Winterwetters, das im Bereich des Tiefbaus normalerweise zu größeren Steigerungen führt als in anderen Bau Bereichen, aber auch angesichts der verbesserten Finanzlage der Gemeinden, des Hauptinvestors in diesem Bereich, vergleichsweise gering aus. Unter den Produzentengruppen expandierte vor allem das Bauhauptgewerbe (10 vH) mit kräftigen Zuwächsen im Neubaubereich.

Die meisten baukonjunkturellen Indikatoren sind weiterhin aufwärtsgerichtet. Daher überrascht die noch verhaltene Entwicklung der Beschäftigung. Bis zuletzt lag die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe noch unter dem Ergebnis vom Vorjahr. Offensichtlich ist es den Unternehmen gelungen, überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte zu realisieren, so daß sich der Produktionsanstieg bisher nicht auf die Zahl der Beschäftigten ausgewirkt hat.

Nachfragebedingt hat sich der Preisauftrieb spürbar beschleunigt, insbesondere im Bereich des Bauhauptgewerbes. Im ersten Quartal 1988 waren die Preise noch um 1,3 vH höher als ein Jahr zuvor, im zweiten Quartal dieses Jahres betrug die Rate bereits 3,2 vH. Im Bereich des Ausbaugewerbes, das mehr von der Nachfrage nach Bestandsleistungen abhängt, lagen die vergleichbaren Raten bei 2,6 bzw. 3,8 vH.

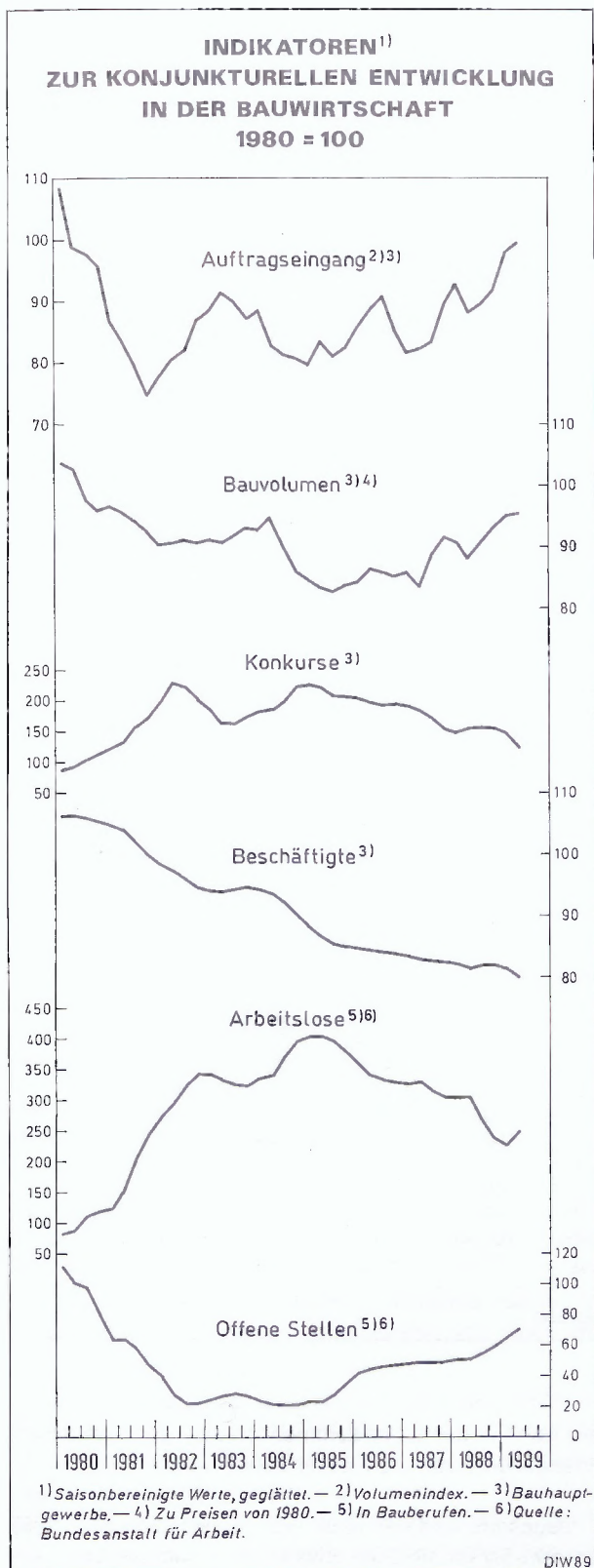
Wohnungsbau

Im Wohnungsbau waren Nachfrage und Produktion in den achtziger Jahren tendenziell stark rückläufig; der Indikator Baugenehmigungen zeigt — mit Ausnahme des Jahres 1983 — einen permanenten Nachfragerückgang in den Jahren 1980 bis 1987. Indes täuscht diese Durch-

Entwicklung des Bauvolumens¹⁾ nach Baubereichen und Produzentengruppen

Jahr	nach Baubereichen									nach Produzentengruppen			
	Wohnungs- bau	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bau- volumen ins- gesamt	Bau- haupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Verar- beiten- des Gewerbe	Archit.- leist., Gebühren u. sonst. Bauleist.
		Ins- gesamt	Hoch- bau	Tief- bau	Ins- gesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau					
Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill. DM													
1986	114360	68600	51760	16840	61830	23950	14470	23410	244790	112230	68630	19330	44600
1987	115180	71940	54830	17110	62700	24710	14630	23360	249820	112990	71790	19850	45190
1988	122920	77260	58870	18390	65790	25910	15350	24530	265970	119960	76170	21420	48420
1987 I	20600	13060	10190	2870	8790	4390	1330	3070	42450	15620	14520	4060	8250
II	30130	18600	14150	4450	17290	6460	4290	6540	66020	31950	17330	4860	11880
III	32710	20580	15610	4970	19190	7100	4960	7130	72480	34480	19870	5320	12810
IV	31740	19700	14880	4820	17430	6760	4050	6620	68870	30940	20070	5610	12250
1988 I	24450	15600	12040	3560	11840	5380	2210	4250	51890	22180	15860	4530	9320
II	31770	19690	15010	4680	17700	6570	4400	6730	69160	32710	18270	5300	12880
III	33780	21450	16280	5170	19050	7140	4810	7100	74280	34250	20970	5660	13400
IV	32920	20520	15540	4980	17200	6820	3930	6450	70640	30820	21070	5930	12820
1989 I	27680	17780	13670	4110	13950	6000	2930	5020	59410	26890	16840	5060	10620
II	34800	22000	16770	5230	18270	6870	4590	6810	75070	35350	19810	5700	14210
Preisentwicklung (1980 = 100)													
1986	118.2	115.6	117.0	111.6	110.0	117.4	105.3	106.0	115.3	109.7	123.5	118.8	117.2
1987	120.9	118.2	119.5	114.0	111.9	119.9	106.5	107.8	117.7	111.4	126.8	122.0	119.4
1988	123.7	120.5	122.0	116.1	113.8	122.5	107.7	109.5	120.2	113.2	130.3	124.8	121.9
1988 I	122.2	119.0	120.4	114.7	113.7	121.3	107.6	108.4	119.2	112.2	128.5	123.2	120.6
II	122.9	119.9	121.3	115.7	113.0	121.9	107.3	109.2	119.4	112.8	129.9	124.3	121.5
III	124.1	121.0	122.4	116.5	113.7	122.8	107.7	109.8	120.4	113.4	130.8	125.4	122.3
IV	125.0	121.7	123.3	116.9	114.7	123.9	108.0	110.2	121.4	114.1	131.5	125.9	122.8
1989 I	125.6	122.4	123.9	117.9	116.1	124.8	108.8	111.1	122.3	115.0	133.0	127.0	124.1
II	127.2	123.9	125.4	119.3	116.4	126.4	109.2	112.4	123.4	116.4	134.8	128.6	125.6
Bauvolumen zu Preisen von 1980 in Mill. DM													
1986	96718	59318	44233	15084	56215	20394	13736	22085	212250	102349	55581	16275	38046
1987	95279	60883	45878	15005	56017	20607	13732	21678	212178	101434	56633	16275	37836
1988	99405	64118	48273	15845	57813	21149	14259	22405	221336	105983	58462	17165	39726
1987 I	17104	11139	8595	2544	7777	3664	1246	2867	36020	14103	11595	3369	6953
II	25062	15795	11885	3910	15534	5412	4041	6080	56391	28716	13710	3996	9969
III	27006	17370	13027	4342	17176	5921	4652	6602	61552	30903	15614	4339	10695
IV	26107	16578	12370	4208	15530	5609	3793	6129	58216	27712	15714	4571	10219
1988 I	20002	13104	10000	3104	10410	4436	2055	3919	43516	19776	12338	3677	7725
II	25847	16420	12375	4045	15657	5390	4102	6165	57924	28998	14059	4264	10602
III	27215	17733	13295	4437	16751	5817	4465	6469	61698	30190	16037	4514	10958
IV	26341	16862	12603	4259	14995	5505	3637	5853	58198	27019	16028	4710	10441
1989 I	22041	14521	11034	3487	12019	4808	2692	4518	48581	23379	12659	3985	8559
II	27365	17753	13368	4384	15697	5434	4201	6061	60815	30376	14697	4431	11311
Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in vH													
1986	-1.2	5.4	6.0	3.6	7.0	6.3	5.7	8.4	2.7	3.6	1.9	2.9	1.1
1987	-1.5	2.6	3.7	-0.5	-0.4	1.0	-0.0	-1.8	-0.0	-0.9	1.9	0.0	-0.6
1988	4.3	5.3	5.2	5.6	3.2	2.6	3.8	3.4	4.3	4.5	3.2	5.5	5.0
1988 I	16.9	17.6	16.3	22.0	33.9	21.1	64.9	36.7	20.8	40.2	6.4	9.1	11.1
II	3.1	4.0	4.1	3.5	0.8	-0.4	1.5	1.4	2.7	1.0	2.6	6.7	6.3
III	0.8	2.1	2.1	2.2	-2.5	-1.8	-4.0	-2.0	0.2	-2.3	2.7	4.0	2.5
IV	0.9	1.7	1.9	1.2	-3.4	-1.9	-4.1	-4.5	-0.0	-2.5	2.0	3.1	2.2
1989 I	10.2	10.8	10.3	12.4	15.5	8.4	31.0	15.3	11.6	18.2	2.6	8.4	10.8
II	5.9	8.1	8.0	8.4	0.3	0.8	2.4	-1.7	5.0	4.7	4.5	3.9	6.7

¹⁾ Berechnungen des DIW.



schnittsbetrachtung über die unterschiedliche Entwicklung beim Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Geschöfwohnungen hinweg. Bei Einfamilienhäusern war die Bautätigkeit von 1980 bis 1985 rückläufig, da sich

die Nachfrage zunächst auf den verstärkt geförderten Bau von Zweifamilienhäusern, nach dem Wegfall dieser Förderungen aber auf den kräftig geförderten Bau von Eigentumswohnungen und den Bau von freifinanzierten Mietwohnungen verlagerte. Nachdem die Förderung von Eigentumswohnungen ebenfalls entfallen war, verzeichnete auch die Nachfrageentwicklung im Geschöfwohnungsbau von 1984 an einen kräftigen Einbruch, der Produktionsrückgang folgte 1985. Erreichte die Bautätigkeit im Geschöfwohnungsbau (cbm umbauter Raum) 1984 noch annähernd die Größenordnung des Baus von Einfamilienhäusern, so schrumpfte sie in den kommenden Jahren auf ein Drittel.

Im Jahre 1986 hat sich der negative Trend umgekehrt. Im Zuge vergleichsweise niedriger Hypothekenzinsen, eines geringen Anstiegs der Bau- und Grundstückspreise sowie einer günstigen Entwicklung der verfügbaren Einkommen nahm die Baunachfrage bei Einfamilienhäusern deutlich zu, 1987 folgte der Anstieg der Bautätigkeit in diesem Bereich. Auch die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden expandierten kräftig. Dieser Zuwachs reichte jedoch bis 1987 nicht aus, um den kräftigen Rückgang beim Bau von Zweifamilienhäusern und Geschöfwohnungen auszugleichen.

1988 expandierten die realen Baugenehmigungen auch in diesen Bereichen wieder. Günstigere Finanzierungsbedingungen allein ohne ausreichende Nachfrage nach Wohnraum hätten sicherlich kein größeres Wohnungsangebot geschaffen. Allerdings dürften wieder steigende Mieten und eine zunehmende Nachfrage nach Wohnraum im Zusammenhang mit dem Zustrom von Aus- und Übersiedlern sowie erste Volkszählungsergebnisse über Fehlbestände für potentielle Investoren sicherlich ein Anreiz gewesen sein, wieder im Geschöfwohnungsbau zu investieren. Auch das Aussiedlerprogramm dürfte die Nachfrageentwicklung stimuliert haben.

Mit der üblichen Zeitverzögerung hat sich die kräftige Aufwärtsentwicklung auch bei der Bautätigkeit niedergeschlagen. So zeigt die Bautätigkeitsstatistik eine Zunahme der Fertigstellungen in allen Bereichen. Das reale Wohnungsbauvolumen ist im ersten Halbjahr 1989 um etwa 8 vH gegenüber dem entsprechenden Zeitraum im Vorjahr gestiegen. Der hohe Zuwachs wurde vor allem im Bereich des Bauhauptgewerbes erzielt. Das Ausbaugewerbe verzeichnete eine verhaltenere Entwicklung, der Anstieg war hier vergleichsweise gering (3,5 vH).

Die Vorlaufindikatoren lassen eine vorerst anhaltende Zunahme der Bautätigkeit in allen Bereichen des Wohnungsbaus erwarten, allerdings mit unterschiedlicher Intensität. Unter Berücksichtigung der Zeitverzögerung zwischen Baugenehmigungen und Fertigstellungen wird der Geschöfwohnungsbau in den kommenden Jahren kräftiger expandieren als der Bau von Eigenheimen. Hierzu wird die Anhebung der ursprünglichen Etatansätze für den sozialen Wohnungsbau beitragen. So wird der Bund für die Direktförderung des sozialen Wohnungsbaus ins-

Baugenehmigungen und -fertigstellungen im Wohnungsbau
Errichtung neuer Gebäude
1000 cbm umbauter Raum

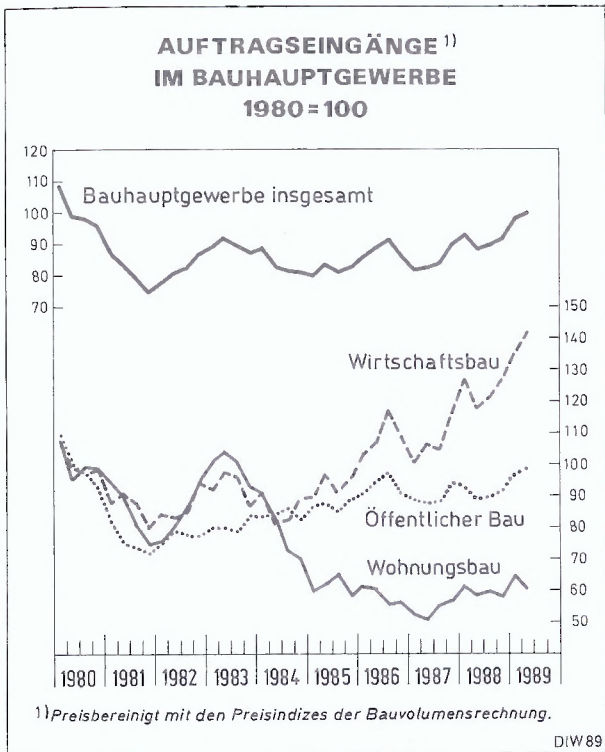
Jahr	Baugenehmigungen					Baufertigstellungen				
	Wohnungs- bau insges.	Wohngebäude mit			Wohn- heime	Wohn- bau insges.	Wohngebäude mit			Wohn- heime
		1 Whg.	2 Whg.	3 u. mehr Whg.			1 Whg.	2 Whg.	3 u. mehr Whg.	
1980	215351	111569	53309	48707	1766	225548	130957	50366	44224	—
1981	189110	84232	52417	51053	1408	204614	107307	50868	46438	—
1982	165352	66016	40988	56118	2230	184821	86065	49418	49338	—
1983	202712	80888	48147	71158	2518	173681	73780	44431	53557	1914
1984	159632	66628	37149	54090	1765	193817	77254	46047	68122	2395
1985	125018	60920	29801	33055	1243	154283	67335	38027	47203	1717
1986	116709	65800	26567	23102	1239	130281	63094	34574	31631	982
1987	107700	70750	16373	19804	773	116073	64959	24508	25401	1205
1988	120721	78003	18185	23682	899	114855	72197	18770	22566	1324
1989 ¹⁾	144000	84200	20700	36700	2400	121600	76800	19100	24000	1700
1990 ¹⁾	162700	88400	22800	47700	3800	141800	84500	22000	32400	2900
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH										
1980	— 5.5	—15.5	4.9	12.1	12.3	7.4	2.0	11.4	20.5	—
1981	—12.2	—24.5	— 1.7	4.8	—20.3	— 9.3	—18.1	1.0	5.0	—
1982	—12.6	—21.6	—21.8	9.9	58.4	— 9.7	—19.8	— 2.9	6.2	—
1983	22.6	22.5	17.5	26.8	12.9	— 6.0	—14.3	—10.1	8.6	—
1984	—21.3	—17.6	—22.8	—24.0	—29.9	11.6	4.7	3.6	27.2	25.1
1985	—21.7	— 8.6	—19.8	—38.9	—29.6	—20.4	—12.8	—17.4	—30.7	—28.3
1986	— 6.6	8.0	—10.9	—30.1	— 0.3	—15.6	— 6.3	— 9.1	—33.0	—42.8
1987	— 7.7	7.5	—38.4	—14.3	—37.6	—10.9	3.0	—29.1	—19.7	22.7
1988	12.1	10.3	11.1	19.6	16.3	— 1.0	11.1	—23.4	—11.2	9.9
1989)	19.3	7.9	13.8	55.0	167.0	5.9	6.4	1.8	6.4	28.4
1990 ¹⁾	13.0	5.0	10.1	30.0	58.3	16.6	10.0	15.2	35.0	70.6
Anteile am Wohnungsbau in vH										
1980	100.0	51.8	24.8	22.6	0.8	100.0	58.1	22.3	19.6	—
1981	100.0	44.5	27.7	27.0	0.7	100.0	52.4	24.9	22.7	—
1982	100.0	39.9	24.8	33.9	1.3	100.0	46.6	26.7	26.7	—
1983	100.0	39.9	23.8	35.1	1.2	100.0	42.5	25.6	30.8	1.1
1984	100.0	41.7	23.3	33.9	1.1	100.0	39.9	23.8	35.1	1.2
1985	100.0	48.7	23.8	26.4	1.0	100.0	43.6	24.6	30.6	1.1
1986	100.0	56.4	22.8	19.8	1.1	100.0	48.4	26.5	24.3	0.8
1987	100.0	65.7	15.2	18.4	0.7	100.0	56.0	21.1	21.9	1.0
1988	100.0	64.6	15.1	19.6	0.7	100.0	62.9	16.3	19.6	1.2
1989 ¹⁾	100.0	58.5	14.4	25.5	1.7	100.0	63.2	15.7	19.7	1.4
1990 ¹⁾	100.0	54.3	14.0	29.3	2.3	100.0	59.6	15.5	22.8	2.0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bautätigkeitsstatistik. — ¹⁾ Schätzung.

gesamt 1,6 Mrd. DM bereitstellen. Auch die weiter wachsende Zahl von Haushaltsneugründungen und der wohl vorerst anhaltende Zustrom von Aus- und Übersiedlern und Asylanten wird ebenfalls eher dem Geschoßwohnungsbau zugute kommen. Bei anhaltendem Zustrom ist wohl anzunehmen, daß Programme verlängert, aufgestockt bzw. neu aufgelegt werden. Dann dürfte auch der Anteil des Baus von Wohnheimen an der gesamten Wohnungsbautätigkeit, der bislang etwa 0,7 vH betrug, und — folgt man dem in der Bautätigkeitsstatistik vorgezeichne-

ten Trend — bereits im kommenden Jahr auf etwa 2,5 vH anwachsen wird, noch weiter zunehmen.

Insgesamt wird das reale Wohnungsbauvolumen 1989 um etwa 5,5 vH, 1990 um etwa 3,5 vH zunehmen. Die geringere Rate im kommenden Jahr ist auf den Witterungseffekt zurückzuführen und nicht konjunkturbedingt. Der Zuwachs dürfte im Neubaubereich weiterhin größer sein als im Bestandsbereich, im Bauhauptgewerbe größer als im Ausbaugewerbe. Bei dieser Entwicklung ist mit einer wei-



teren Beschleunigung des Preisauftriebs in allen Sparten zu rechnen.

Wirtschaftsbau

Die Entwicklung im Wirtschaftsbau ist eng verzahnt mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit 1983, dem ersten Jahr des gegenwärtigen Aufschwungs, hat auch das reale Bauvolumen im Wirtschaftsbau — um Sondereffekte bereinigt — tendenziell zugenommen.

Im Zuge stark expandierender Gewinne und hervorragender Absatzchancen wurden die Investitionen in Wirtschaftsbauten kräftig aufgestockt. Aufgrund zunehmender Kapazitätsengpässe nimmt die Bedeutung von Erweiterungsinvestitionen weiter zu. Folgt man der Bautätigkeitsstatistik, so werden gegenwärtig vor allem verstärkt Produktionsstätten gebaut.

Insgesamt lag das Bauvolumen im ersten Halbjahr dieses Jahres um etwa 9,5 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr. Im Verlauf des Jahres ist die Produktion auch in diesem Baubereich — wenn auch nur leicht — rückläufig gewesen, sicherlich ausschließlich witterungsbedingt, da die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten ungebrochen steil aufwärtsgerichtet ist.

Für den Prognosezeitraum 1989/90 ist mit einer Fortsetzung der Expansion von Nachfrage und Produktion im Bereich des Wirtschaftsbaus zu rechnen, da gegenwärtig keine Anzeichen für eine Verschlechterung der Investi-

tionsbedingungen gegeben sind. Dies gilt sowohl für die Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse als auch für die Absatzchancen.

Diese Einschätzung wird auch von der derzeitigen Entwicklung von Auftragsbeständen, Baugenehmigungen und Auftragseingängen gestützt, die eine weiterhin ungebrochene Investitionsdynamik signalisieren. Demzufolge wird für 1989 mit einer Zunahme des realen Bauvolumens in Höhe von etwa 7,5 vH gerechnet. Aus den oben erwähnten Gründen wird — basisbedingt — die Zuwachsrate im kommenden Jahr geringer ausfallen; sie dürfte etwa 5 vH betragen.

Öffentlicher und Verkehrsbau

Die Entwicklung von Nachfrage und Produktion im Bereich des öffentlichen und Verkehrsbaus stand in der ersten Hälfte der achtziger Jahre im Schatten der Haushaltskonsolidierung; die öffentlichen Investitionen wurden drastisch gekürzt. 1986 expandierte die Bautätigkeit im Zuge der verbesserten Finanzlage der Gemeinden, des Hauptinvestors in diesem Baubereich. 1987 verschlechterte sich ihre Situation erneut, so daß sie sich gezwungen sahen, ihre finanzielle Lage wiederum zu Lasten der Investitionen zu stabilisieren.

Die anhaltende Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage führte schon 1988 bei den Gemeinden zu höheren Gewerbesteuererträgen. Da auch die staatlichen Investitionszuweisungen zunahmen und die Gemeinden den Anstieg ihrer laufenden Ausgaben begrenzten, konnten sie ihre Bauausgaben wieder verstärken. Hinzu kam, daß die Gemeinden zur Finanzierung ihrer Investitionen zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Anspruch nehmen konnten.

Seit Anfang letzten Jahres nimmt daher das reale Bauvolumen im öffentlichen und Verkehrsbau wieder zu. Auch hier gibt es — witterungsbedingte — Verwerfungen. Anders aber als im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau fiel die Produktion nach dem kräftigen Zuwachs zum Jahresanfang im weiteren Verlauf deutlich zurück. Offenbar können die Gemeinden ihren Investitionskurs immer noch nicht stabilisieren. In ihrem Verhalten mag auch die Unsicherheit hinsichtlich ihrer künftigen finanziellen Position zum Ausdruck kommen. Inwiefern versucht wird, die erst im kommenden Jahr zu erwartenden Steuerausfälle bereits jetzt beim Ausgabenverhalten zu berücksichtigen, bleibt abzuwarten.

Angesichts der konjunkturbedingten Mehreinnahmen, der vom Strukturhilfeprogramm zu erwartenden Impulse und unter Berücksichtigung der gegenwärtig nicht ungünstigen Nachfrage, gemessen an den realen Auftragseingängen im öffentlichen Bau, dürften die nominalen Zuwächse des Bauvolumens 1989 und 1990 jeweils etwa 5 vH betragen. Aufgrund der weiteren Zunahme der

Entwicklung des Bauvolumens und der Preise nach Baubereichen und Produzentengruppen

	Bauvolumen zu Preisen von 1980								Preisentwicklung			
	in Mrd. DM				Veränderungssraten in vH				Veränderungssraten in vH			
	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾
nach Baubereichen												
Wohnungsbau	95.28	99.41	104.9	108.8	-1.5	4.3	5.5	3.5	2.2	2.3	3.5	4.5
Wirtschaftsbau	60.88	64.12	69.0	72.6	2.6	5.3	7.5	5.0	2.2	2.0	4.0	5.0
Gewerblicher Hochbau	45.88	48.27	51.9	—	3.7	5.2	7.5	—	2.1	2.0	—	—
Gewerblicher Tiefbau	15.01	15.85	17.1	—	-0.5	5.6	8.0	—	2.1	1.8	—	—
Öffentlicher und Verkehrsbau	56.02	57.81	59.1	59.5	-0.4	3.2	2.0	0.5	1.8	1.7	3.0	4.0
Öffentlicher Hochbau	20.61	21.15	21.2	—	1.0	2.6	0.5	—	2.1	2.2	—	—
Straßenbau	13.73	14.26	15.0	—	-0.0	3.8	5.0	—	1.1	1.0	—	—
Sonstiger Tiefbau	21.68	22.41	22.9	—	-1.8	3.4	2.0	—	1.7	1.6	—	—
Bauvolumen insgesamt	212.18	221.34	233.0	240.9	-0.0	4.3	5.5	3.5	2.1	2.1	3.5	4.5
nach Produzentengruppen												
Bauhauptgewerbe	101.43	105.98	113.1	117.7	-0.9	4.5	6.5	4.0	1.6	1.6	3.5	4.5
Hochbau	64.23	67.47	72.1	—	-1.0	5.0	7.0	—	1.6	1.7	3.5	—
Tiefbau	37.21	38.52	41.0	—	-0.7	3.5	6.5	—	1.6	1.4	3.0	—
Ausbaugewerbe	56.63	58.46	60.2	61.9	1.9	3.2	3.0	3.0	2.7	2.8	4.0	5.0
Verarbeitendes Gewerbe	16.28	17.17	17.9	18.4	0.0	5.5	4.5	3.0	2.7	2.3	3.5	4.5
Architektenleistungen, Gebühren, sonstige Bauleistungen	37.84	39.73	41.8	42.9	-0.6	5.0	5.0	2.5	1.9	2.1	3.5	4.5
1) Schätzung; gerundete Zahlen.												

Preissteigerungsraten würde das reale Bauvolumen im öffentlichen und Verkehrsbau in diesem Jahr um etwa 2 vH zunehmen, während im nächsten Jahr kaum mehr als Stagnation zu erwarten ist.

Fazit

Insgesamt wird das reale Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland bis über die Jahresgrenze 1990 hinaus weiter kräftig zunehmen. Die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten dürften — wegen der gegenläufigen Witterungseinflüsse — in diesem Jahr höher ausfallen (5,5 vH) als im kommenden Jahr (3,5 vH). Von dieser Durchschnittsentwicklung werden Wirtschafts- und Wohnungsbau nach oben, der öffentliche Bau nach unten abweichen.

Nachfragebedingt wird sich der Preisauftrieb in allen Baubereichen und Produzentengruppen spürbar weiter beschleunigen, so daß gegen Ende des kommenden Jahres mit Steigerungsraten in der Größenordnung um 5 vH gerechnet werden muß. Die Zahl der Beschäftigten wird im Zuge der weiteren Produktionsausweitung nun wieder zunehmen.

Auf dem Bauproduktmarkt der Bundesrepublik zeichnen sich bereits jetzt Engpässe in allen Baubereichen ab. Ob allerdings der vorhandene Baubedarf in bauwirksame Nachfrage umgewandelt wird, bleibt abzuwarten.

Im Bereich des öffentlichen Baus ist die Investitionstätigkeit in vielen Feldern jahrelang zu kurz gekommen. Wegen der veralteten Infrastruktur sind umfangreiche Baumaßnahmen insbesondere in den Bereichen Instandsetzung und Modernisierung sowie im Umwelt-, Versorgungs- und Entsorgungsbereich vonnöten.

Beim Wohnungsbau könnte sich die Situation angesichts des schon vorhandenen Fehlbestandes, aufgrund der weiter wachsenden Zahl von Haushaltsneugründungen und wegen des anhaltenden Zustroms von Aus- und Übersiedlern verschärfen. Auch für Verbesserungen des Qualitätsstandards im Wohnungsbestand besteht weiterhin ein nicht unerheblicher Bedarf.

Im Bereich des Wirtschaftsbaus spielen Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen ebenfalls eine große Rolle. Vorrang aber dürfte vorerst der Neubau von Gebäuden haben. Sollte die Phase der Erweiterungsinvestitionen der Unternehmen noch länger anhalten, sind auch im Wirtschaftsbau Kapazitätsaufstockungen notwendig.

Langzeitarbeitslose in Berlin

Arbeitslosigkeit wird um so problematischer, je länger die davon Betroffenen ohne Beschäftigung sind. Dies nicht nur, weil der Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt, sondern auch, weil eine Vermittlung wegen zunehmender „Stigmatisierung“ und Distanz zur Arbeitswelt immer schwieriger wird. Hinzu kommt ein ökonomischer Aspekt: Langzeitarbeitslose sind zu erheblichen Teilen Empfänger von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und weiterer staatlicher Unterstützung wie etwa Wohngeld. Diese sozialen Folgekosten hätten zum großen Teil vermieden werden und öffentliche Mittel zweifellos besser angelegt sein können, wenn das Programm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit früher verabschiedet worden wäre. Jetzt kommt es darauf an, daß die angebotenen Lohnkostenzuschüsse baldmöglichst angenommen und in Beschäftigungsverhältnisse umgesetzt werden.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Berlin wie im gesamten Bundesgebiet erheblich zugenommen. Waren Ende September¹ 1980 in der Stadt 5 400 Personen länger als ein Jahr arbeitslos, betrug ihre Zahl Ende September 1985 bereits 19 700 und Ende September 1988 sogar 26 600 — rund 28 vH aller bei den Arbeitsämtern als beschäftigungslos registrierten Personen (vgl. Tabelle 1). Die Zahl der Arbeitslosen mit bereits über zweijähriger Registrierung erreichte zuletzt mit 11 500 Personen einen Anteil von 12 vH an der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Bei der Interpretation dieser Daten muß beachtet werden, daß der Begriff der Langzeitarbeitslosigkeit seit 1985 statistisch enger gefaßt ist. Nicht mehr berücksichtigt werden seitdem Personen, die vorübergehend eine kurze Beschäftigung oder Ausbildung fanden². Im Jahre 1984 waren dies bundesweit 84 000 gegenüber 617 000, die ohne Unterbrechung ein Jahr und länger keine Arbeit hatten. Für Berlin betragen die entsprechenden Zahlen 6 300 gegenüber 19 500, d. h. der Anteil von Langzeitarbeitslosen mit kurzen Unterbrechungen war hier weit höher; gemessen an der Zahl aller Arbeitslosen betrug er 8,3 vH gegenüber 3,9 vH im Bundesdurchschnitt. Unter-

stellt man für 1988 die gleiche Relation wie 1984, dann betrug die Zahl der länger als ein Jahr Arbeitslosen in alter Abgrenzung rund 35 000 oder 36 vH aller Arbeitslosen.

In Berlin ist der Anteil von Vermittlungen in kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse (bis zu sieben Kalendertage) an allen Vermittlungen wesentlich höher als in allen übrigen Landesarbeitsamtsbezirken. Im Jahre 1988 betrug er 58 vH gegenüber 36 vH im Bundesdurchschnitt. In Berlin wechselt also ein vergleichsweise großer Teil der vermittelten Arbeitslosen in überaus instabile Beschäftigungsverhältnisse — häufig sind es Bau- und Lagerhal-

¹ Zum September jeden Jahres werden von den Arbeitsämtern besondere Strukturuntersuchungen vorgelegt. Sie sind wesentliche Grundlage dieses Berichts.

² Bis einschließlich 1984 wurde die Zählung der Dauer von Arbeitslosigkeit auch dann nicht unterbrochen, wenn eine „Nichtarbeitslosigkeit“ von bis zu 13 zusammenhängenden Wochen vorlag, d. h. etwa eine kurze Erwerbstätigkeit oder eine Bildungsmaßnahme (vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5/1987, S. 644 und Heft 5/1989, S. 682 f.). Bezogen auf das Jahr 1984 errechnen sich für Berlin nach dem neuen Zählverfahren 24 vH weniger länger als ein Jahr Arbeitslose als nach dem alten, ihr Anteil an allen Arbeitslosen reduziert sich dadurch von 34 vH auf 25 vH.

Tabelle 1

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin

Ende September	Arbeitslose darunter:			Anteile in vH an allen Arbeitslosen	
	Insgesamt	länger als 1 Jahr arbeitslos	länger als 2 Jahre arbeitslos	länger als 1 Jahr arbeitslos	länger als 2 Jahre arbeitslos
1980	30 488	5 357	2 104	17,6	6,9
1981	46 724	7 327	2 631	15,7	5,6
1982	68 764	15 188	4 476	22,1	6,5
1983	76 816	21 706	7 170	28,3	9,3
1984	76 610	25 858	11 470	33,8	15,0
1985 ¹⁾	75 416	19 736	8 430	26,2	11,2
1986	80 360	20 402	8 826	25,4	11,0
1987	88 312	25 058	10 222	28,4	11,6
1988	95 613	26 619	11 497	27,8	12,0

¹⁾ Ab 1985 Änderung des Zählverfahrens. Vgl. Text und Fußnote 2.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Landesarbeitsamt Berlin.

Tabelle 2

Langzeitarbeitslosenanteile bei Arbeitslosen nach dem Berufsausbildungsabschluß
jeweils Ende September

Qualifikation	Anteile in vH der länger als 1 Jahr Arbeitslosen der jeweiligen Qualifikation					
	Berlin			Bundesrepublik Deutschland		
	1988	1987	1986	1988	1987	1986
Ohne Berufsausbildung	30,0	29,9	26,0	37,2	36,0	35,7
Mit Berufsausbildung	26,0	25,9	24,5	28,2	27,5	28,1
davon:						
betriebliche Ausbildung	24,5	25,4	23,5	29,5	28,4	28,9
Berufsfachschule	20,7	25,6	24,0	23,3	22,9	24,3
Fachschule	23,2	27,0	25,2	23,5	23,7	24,0
Fachhochschule	27,0	27,1	23,4	23,4	23,5	24,4
Hochschule/Universität	30,1	27,3	28,1	25,2	25,7	27,1
Alle Arbeitslosen	27,8	28,4	25,4	32,6	31,8	32,0
<i>Quellen:</i> Bundesanstalt für Arbeit; Landesarbeitsamt Berlin.						

tungsberufe, aber auch künstlerische Berufe³. In derartigen Fällen wird die Arbeitslosigkeit lediglich kurz unterbrochen, und die Zählung der Dauer der Arbeitslosigkeit beginnt von neuem.

Die in Berlin besonders häufige Vermittlung in kurzfristige Hilfstätigkeiten wird indirekt auch deutlich, wenn man die Langzeitarbeitslosigkeit auf den einzelnen Qualifikationsstufen betrachtet (vgl. Tabelle 2). Unter den Arbeitslosen ohne Berufsausbildung ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen (ohne Unterbrechung) im Bundesgebiet deutlich höher als in Berlin. Einschließlich instabiler Beschäftigung dürften Arbeitslose ohne Berufsausbildung in Berlin einer ähnlich schlechten Situation ausgesetzt sein wie im gesamten Bundesgebiet.

Geringer als im Bundesdurchschnitt war die Langzeitarbeitslosigkeit auch bei den Arbeitslosen mit einer betrieblichen Berufsausbildung. Bei diesen klassischen Fachkräften ist vor dem Hintergrund von Klagen über Fachkräftemangel bemerkenswert, daß vergleichsweise viele — im September 1988 in Berlin 27 000 — arbeitslos gemeldet waren⁴; ein Viertel davon sogar länger als ein Jahr. Offenbar gibt es strukturelle Diskrepanzen bei Angebot und Nachfrage, aber auch unzureichende Qualifikationen der Arbeitssuchenden. Dies signalisiert einen erheblichen Bedarf für Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Hochschulabsolventen fallen in Berlin mit überdurchschnittlichen Langzeitarbeitslosenanteilen auf. Hauptursache hierfür dürfte sein, daß in Berlin als Hochschulort ein überdurchschnittlicher Angebotsdruck derart qualifizierter Arbeitskräfte besteht.

Die Langzeitarbeitslosigkeit unter arbeitslosen Ausländern ist in Berlin wie im Bundesgebiet unterdurchschnitt-

lich. Dies ist einerseits erklärbar durch Rückwanderungen von Ausländern in ihre Heimat bei längerer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Vermutlich sind andererseits Ausländer auch eher als Deutsche wegen ihrer sozial schwächeren Position gezwungen und bereit, Beschäftigung zu Konditionen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus aufzunehmen.

Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen sind stärker als andere von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Von ihnen waren im September 1988 in Berlin 42 vH, im Bundesdurchschnitt sogar 46 vH länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Bei den Schwerbehinderten in dieser Gruppe lagen die Anteile noch höher und betrugen 44 vH in Berlin und 52 vH im Bundesdurchschnitt. Besonders viele von ihnen sind schon länger als zwei Jahre arbeitslos; in Berlin 23 vH, im Bundesdurchschnitt 31 vH.

Gesundheitliche Einschränkungen korrelieren mit dem Alter; dies zeigt sich auch in der Arbeitslosenstatistik: 59 vH aller Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen sind älter als 45 Jahre. Damit tritt die Langzeitar-

³ Nicht in allen Fällen findet hier eine Vermittlung aus Arbeitslosigkeit heraus statt. Dies gilt insbesondere für Künstler, bei denen oft aus einem Engagement in das nächste vermittelt wird. Es gilt jedoch kaum für die übrigen Berufe — meist Hilfstätigkeiten —, etwa im Bau- und Lagerbereich, die den weitaus überwiegenden Teil derartiger Vermittlungen ausmachen.

⁴ Nicht alle können allerdings als in Fachberufe vermittelbar gelten, weil ein Teil von ihnen in einem anderen als in dem erlernten Beruf eine Beschäftigung anstrebt. Vgl. zu dieser Problematik Karl Brenke, Kornelia Hagen und Ingo Pfeiffer: Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und Qualifikationsbedarf in Berlin (West). Gutachten des DIW im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Arbeit, Berlin 1987 (als Manuskript vervielfältigt), S. 63 ff.

Tabelle 3

Langzeitarbeitslosenanteile bei Arbeitslosen nach dem Alter
jeweils Ende September

Altersgruppe	Anteil in vH der länger als 1 Jahr Arbeitslosen der jeweiligen Altersgruppe					
	Berlin			Bundesrepublik Deutschland		
	1988	1987	1986	1988	1987	1986
unter 20 Jahre	4,7	6,3	3,8	6,4	8,2	8,0
20 bis unter 25 Jahre	10,6	13,2	9,8	12,7	13,6	15,0
25 bis unter 30 Jahre	17,0	19,1	16,8	21,3	22,3	24,7
30 bis unter 35 Jahre	23,5	25,2	23,1	28,3	29,8	31,3
35 bis unter 40 Jahre	28,3	28,8	26,2	32,6	33,1	33,6
40 bis unter 45 Jahre	31,0	30,3	28,3	36,2	36,0	36,8
45 bis unter 50 Jahre	35,4	34,7	32,2	42,8	41,9	42,6
50 bis unter 55 Jahre	41,4	41,7	39,2	49,6	49,2	49,6
55 bis unter 60 Jahre	53,0	51,7	50,7	56,8	55,3	54,9
60 bis unter 65 Jahre	58,8	57,2	53,4	58,3	55,8	53,4
Alle Arbeitslosen	27,8	28,4	25,4	32,6	31,8	32,0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Landesarbeitsamt Berlin.

beitslosigkeit mit zunehmendem Alter häufiger auf (vgl. Tabelle 3). Während bei über 55jährigen Arbeitslosen der hohe Anteil von mehr als 50 vH bis nahezu 60 vH Langzeitarbeitsloser auch auf den zu Beginn des Jahres 1986 in Kraft getretenen § 105c des Arbeitsförderungsgesetzes zurückzuführen ist, der 58jährigen und älteren Arbeitslosen den Bezug von Arbeitslosengeld zur Überbrückung bis zum vorzeitigen Bezug von Altersruhegeld erleichtert, müssen bei den Arbeitslosen der Altersgruppen von 40 bis zu 57 Jahren altersbedingte und oft auch gesundheitsbedingte Vermittlungerschwernisse als Hauptursache für die überdurchschnittlich hohen Anteile von Langfrist-arbeitslosen angenommen werden.

Weiterhin weisen diejenigen Arbeitslosen überdurchschnittliche Anteile von Langzeitarbeitslosigkeit auf, die vor ihrer Arbeitslosmeldung noch nicht erwerbstätig waren oder die Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten (32 vH länger als ein Jahr arbeitslos), sowie Arbeitslose, die vor der Arbeitslosmeldung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme tätig waren (35 vH). Hierin spiegeln sich besonders die Integrationsprobleme von Arbeitslosen wider, die den Anforderungen des Arbeitslebens noch nicht oder nicht mehr voll gewachsen sind.

Insgesamt ergibt sich folgendes Bild: Arbeitslose sind besonders dann lange arbeitslos, wenn

- niedrige Qualifikation,
- gesundheitliche Einschränkungen,

- ein Alter über 40 Jahre,
- geringe oder keine Berufserfahrungen vorliegen.

Inwieweit diese Merkmale miteinander verknüpft sind, kann anhand der derzeit vorliegenden Daten für Berlin nicht nachgewiesen werden. Hierfür wären — im Rahmen einer gesonderten Forschungsarbeit — Sonderauswertungen der Arbeitslosenstatistik erforderlich. Auswertungen für das Bundesgebiet zum Stichtag 30. September 1988 haben ergeben, daß Arbeitslose, die 45 Jahre und älter sind, gesundheitliche Einschränkungen aufweisen und zugleich keinen Berufsabschluß besitzen, unter den länger als ein Jahr Arbeitslosen etwa doppelt so häufig anzutreffen waren wie unter allen Arbeitslosen und 14 vH aller Langzeitarbeitslosen ausmachten⁵.

Arbeitsmarktpolitische Überlegungen

Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit können nur teilweise zum Erfolg führen, weil Merkmale wie Gesundheit und Alter nur bedingt oder gar nicht beeinflussbar sind. Förderung der Qualifikation sowie Hilfen zur Eingliederung in das Erwerbsleben aber sind bei einem großen Personenkreis erfolgversprechend. Die

⁵ Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5/1989, S. 681.

Maßnahmen der Bundesregierung zur Verstärkung von Lohnkostenzuschüssen und zur Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose sind deshalb zu begrüßen.

Gewährt werden Lohnkostenzuschüsse von — je nach Dauer der Arbeitslosigkeit — 60 bis 80 vH im ersten halben Jahr und von 40 bis 60 vH in den zweiten sechs Monaten⁶. Dies erscheint jedoch für eine durchgreifende Besserung der Lage der Langzeitarbeitslosen noch unzureichend, und es ist daher zu begrüßen, daß in Berlin durch das vom Berliner Senat beschlossene „Programm zur Förderung der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Land Berlin“ zusätzliche Lohnkostenzuschüsse möglich sind. Mit diesem Programm werden die Lohnkostenzuschüsse teilweise aufgestockt sowie der Förderungszeitraum erweitert. In begründeten Ausnahmefällen wird darüber hinaus der volle Lohnersatz aus der Kombination der Leistungen des Bundes und des Landes Berlin gewährt. Die Zusatzleistungen Berlins waren um so notwendiger, als die Kürzung des Einarbeitungszuschusses nach § 49 AFG von 70 vH auf 50 vH⁷ ab 1. Januar 1989 durch die in Aussicht genommenen neuen Maßnahmen der Bundesregierung nur teilweise kompensiert wird.

Der erhebliche Anteil von Langzeitarbeitslosen bei Hochschulabgängern — aber auch bereits bei betrieblich ausgebildeten Fachkräften — einerseits und die Klage über Fachkräftemangel auf Arbeitgeberseite andererseits erfordern nicht nur höhere Transparenz — etwa durch Meldung aller offenen Stellen bei den Arbeitsämtern und eine dadurch mögliche weitere Intensivierung der Vermittlungstätigkeit —, sondern auch verstärkte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Diese sollten in enger Kooperation mit den Bedarfsträgern dieser Fachkräfte durchgeführt werden, um die Vermittelbarkeit zu gewährleisten. Es bietet sich an, als Ergänzung der individuellen

Förderung der Teilnehmer an diesen Maßnahmen und der außer- bzw. überbetrieblich organisierten institutionellen Förderung nach dem Arbeitsförderungs-gesetz auch betriebliche Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose durch Zuschüsse finanziell zu unterstützen, wenn vom Ausbilder und künftigen Arbeitgeber eine Mindestbeschäftigungsgarantie nach Abschluß der Maßnahme gegeben wird. Eine solche Maßnahme könnte an die bereits im noch vom CDU/FDP-Senat begonnenen sogenannten „3. Programm“⁸ vorgesehenen Zuschüsse an Handwerksbetriebe von DM 5 400 je Person anschließen, die bisher dann gezahlt werden, wenn Jugendliche ohne Hauptschulabschluß oder Sonderschulabgänger ausgebildet werden.

Mit der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wird das Globalproblem der Unterbeschäftigung nicht gelöst. Der durch ständige Ausleseprozesse so stark gewachsene Sockelbestand an schwer vermittelbaren Arbeitslosen erfordert jedoch diese gezielten Maßnahmen. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit besteht die Gefahr, daß sonst die Langzeitarbeitslosigkeit eher noch zunimmt. Ein Aufbrechen dieser Entwicklung durch gesellschaftliche Übernahme der Kosten für die Reintegration der betroffenen Menschen ist viel zu lange hinausgezögert worden. Aber nicht nur der Staat, auch Arbeitgeber müssen bereit sein, einen Beitrag zur Auflösung von sozialen Randgruppen der Gesellschaft zu leisten.

⁶ Vgl. „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“. Papier des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für das „Gespräch am runden Tisch sozialer Verantwortung“ am 31. Mai 1989 in Bonn.

⁷ Neunte AFG-Novelle vom 20.12.1988, BGBl I, S. 2343.

⁸ „Programm zur Einstellung und beruflichen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Personen mit geminderten Beschäftigungschancen im Land Berlin“.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Bernhard Seidel.

Bauwirtschaft: Kräftiger Produktionszuwachs und Beschleunigung des Preisauftriebs. Bearbeitet von Jochen A. Hübener. —
Langzeitarbeitslose in Berlin. Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten

Frau Lieselotte Berger

**Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler
und
Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin**

ist am 26. September 1989 im Alter von 68 Jahren gestorben.

Frau Berger wurde 1987 zum Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gewählt und hat dieses Amt bis zu ihrem Tode versehen.

Aufgrund ihrer großen und vielfältigen Erfahrungen, die sie in langjähriger parlamentarischer Arbeit erworben hatte, waren ihr Rat und ihre Mitwirkung für das DIW von hohem Wert. Auch in ihrer Eigenschaft als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler und Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin stand sie uns zur Seite.

Das Institut wird Frau Berger ein ehrendes Andenken bewahren.

**Für das Kuratorium, den Vorstand, die Mitarbeiter
und die Freunde
des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung**

Prof. Dr. Lutz Hoffmann